



POLITIK

„Höchstwahrscheinlich“

WIEN. Bürgermeister Michael Häupl kündigt an – alle Ausgaben der Stadt werden überprüft: „Nix ist fix.“ Er preist Rot-Grün und warnt vor Schwarz-Blau.

Da hilft, meint der Wiener Bürgermeister, nur Ehrlichkeit. Trotz aller Sicherheitsmaßnahmen: „Wenn es zu einem Störfall wie in Japan kommt, wird es keinen umfassenden Schutz geben.“ Europa muss aus der Atomenergie aussteigen. Michael Häupl (SPÖ) zeigt sich im NEWS-Interview überzeugt davon, dass es „früher oder später“ ein EU-Volksbegehren darüber geben wird: „Es wird von uns abhängen.“

NEWS: Angesichts der Katastrophe in Japan: Was sind für Sie die Konsequenzen daraus?

Häupl: Ich habe meine Konsequenzen vor 40 Jahren gezogen. Da hat es einer in der SPÖ, der aus der Anti-AKW-Bewegung kam, nicht leicht gehabt. Die Entscheidung des österreichischen Volkes war segensreich und vorausschauend. Jetzt ist es wichtig, dass ganz Europa den Weg der nachhaltigen Energiepolitik geht.

NEWS: Es wäre wohl naiv anzunehmen, dass alle Länder den Ausstieg aus Atom anpeilen.

Häupl: Ich befürchte, dass die europäische Atomindustrie ein generelles Umdenken verhindern wird. Aber es wird auch von uns abhängen: Man kommt, das hat Österreich ja vorgeführt, an der Meinung des Volkes sicher nicht vorbei. Mit der erweiterten Mitbestimmungsmöglichkeit des Lissabonner Vertrags wird es früher oder später einen

Volksentscheid dazu geben.

NEWS: Ist Wien für einen Katastrophensfall gut genug gerüstet?

Häupl: Es gibt natürlich einen ausgeklügelten Zivilschutzplan. Aber wenn es zu einem Störfall wie in Japan kommt, dann wird es keinen umfassenden Schutz geben können. Das muss man in aller Ehrlichkeit sagen. Der beste Schutz ist ein Kernkraftwerk à la Zwentendorf: eines, das nicht aufgesperrt wird.

„In aller Ehrlichkeit: Bei so einem Störfall gibt es keinen umfassenden Schutz.“

NEWS: Ihre Lobeshymnen auf die rot-grüne Koalition lassen darauf schließen, dass die SPÖ damit, dass sie bisher allein regieren musste, ganz unglücklich gewesen sein muss.

Häupl: Wir wollen nicht überreiben. Trotz allem ist mir eine rot-grüne Koalition nur die zweitliebste Option. Aber ich bin sehr zufrieden. Es ist nicht nur das erste Mal, dass es dieses Projekt in Österreich gibt, es ist auch eine klare Antithese dazu, wessen die Leute überdrüssig sind: dass egal, was sie wählen, entweder Rot-Schwarz oder Schwarz-Blau herauskommt. Also: Wien zeigt, es gibt anderes, und es funktioniert. Das halte ich für kein geringes Argument. Es



ich Schwarz-Blau'

hat mir gut gefallen, wie die Wiener darauf reagiert haben: „Nicht schlecht, was Neues. Schau'n wir einmal.“ Das ist doch wunderbar!

NEWS: Wo zeigt sich das grüne Mitregieren? Was würde die SPÖ alleine anders machen?

Häupl: Mit Sicherheit das Wahlrecht. Die SPÖ sieht keinen Veränderungsbedarf. In ganz Europa geht die Diskussion in Richtung Stärkung des Mehrheitswahlrechts, nur in Wien geht es in die andere Richtung. Aber ich bin Pragmatiker. Die Grünen haben hier Versprechungen abgegeben, also reden wir und suchen einen Kompromiss. Und es gibt einen unterschiedlichen Zugang in der Stadtökonomie. Wir sind mit einem Fuß noch in der Krise, mit dem anderen schon in der neuen. Da können wir nicht einen Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel diskutieren. Auch in diesem Punkt brauchen wir einen gemeinsamen Weg.

NEWS: Die Steiermark muss radikal sparen. Können Sie das für Wien ausschließen?

Häupl: Ja, natürlich. Wir haben ein Budget für 2011 bereits beschlossen, und das ist wohlüberlegt. Also werden wir selbstverständlich nicht den Gratiskindergarten und auch nicht die erhöhte Mindestsicherung für Kinder zurücknehmen. Aber natürlich müssen wir auf Effizienz schauen. Wir können nicht, holladero, die Sozialleistungen aufstopfen. Wir müssen prüfen, ob zum Beispiel bestimmte Transferleistungen zeitgemäß sind und ihren Zweck erfüllen.

NEWS: Welche?

Häupl: Es wird generell hinterfragt. Nix ist fix. Dass alles bleibt, wie es ist: Das ist die Vorstufe zum Fegefeuer.

NEWS: Es kommen Einschnitte?

Häupl: Veränderungen. Wir brauchen nicht wie andere überall um 20 Prozent kürzen. Unsere Finanzen sind in Ordnung. Aber wir müssen auf maximale Aufgabeneffizienz und Ausgabendisziplin achten.

„Müssen prüfen, ob bestimmte Transferleistungen zeitgemäß sind. Nix ist fix.“

NEWS: Ihr Wunschprojekt einer Volksbefragung über die Wehrpflicht hat zu schweren Problemen in der Koalition und für die SPÖ geführt. Tragen Sie dafür die Verantwortung?

Häupl: Ich glaube nicht, dass meine Vorstellung, das Volk zu befragen, ob junge Männer für sechs Monate weggesperrt und ihnen ein halbes Jahr ihres Lebens gestohlen werden soll, zu Turbulenzen geführt hat. Das waren andere Entscheidungen, die Probleme gemacht haben.

NEWS: Welche meinen Sie?

Häupl: Ich stehe für ein Darabos-Bashing nicht zur Verfügung. Er macht gute Arbeit, und wenn man jedes Mal jemanden in den Vorhof der Hölle schickt, der einen Fehler gemacht hat, werden wir bald einsam dadasitzen. Die Zeit ist reif für eine Entscheidung über die Professionalisierung des Bundesheeres: seriös, unter größtmöglicher Einbindung des Regierungspartners und der Opposition, möglichst europäisch, im Rahmen unserer Neutralität – und selbstverständlich ohne Nato-Beitritt.

NEWS: Mit Volksbefragung?

Häupl: Ja, denn das ist eine einschneidende Zäsur.

NEWS: Aber das kann Sprengkraft für die Koalition haben.

Häupl: Ich glaube nicht, dass eine der beiden Regierungsparteien Interesse haben kann, die Koalition zu sprengen.

NEWS: Weil sie in Umfragen so schlecht liegen. Es gibt faktisch drei gleich starke oder gleich schwache Parteien. Das muss auch Sie alarmieren.

Häupl: Wenn es so wäre. Alle nicht gezinkten Umfragen zeigen eine gewisse Hierarchie. Die SPÖ liegt vorne, alles andere kommt aus der Giftküche des ÖVP-Generalsekretariats. Was aber sicher nachdenklich macht, ist die relative Stärke der FPÖ.

NEWS: Die nur zuwarten muss?

Häupl: Auch das ist ÖVP-Propaganda, denn für sie ist nach der nächsten Wahl alles offen. Denn auch wenn die SPÖ stimmenstärkste Partei wird: Wenn es eine schwarz-blaue Mehrheit im Land gibt, ist es höchst wahrscheinlich, dass es auch eine schwarz-blaue Regierung geben wird: Ja, das alarmiert mich.

NEWS: Die Regierung wird schlecht beurteilt, weil sie den Eindruck vermittelt, wenig zu tun und wenig zu wollen.

Häupl: So pauschal kann ich diese Verurteilung nicht gelten. Man muss sehen, dass zum Beispiel in einer so wichtigen Frage wie Bildung die ÖVP etwas ganz anderes will als die SPÖ. Kompromisse gehen da in Miniaturschritten. Das wirkt nicht sehr attraktiv, das verstehe ich schon.

NEWS: Werden Sie Hannes Androschs Bildungsvolksbefragen unterschreiben?

Häupl: Ja! Ich bin zwar in einigen Fragen nicht seiner Meinung, aber es geht in die richtige Richtung. In Bildungsfragen muss etwas geschehen. Wenn wir jetzt nicht handeln, versäumen wir entscheidende Zeit.

INTERVIEW: TESSA PRAGER